Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 40 Goldpfennige, amtliche Zeile 50 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 117 | Donnerstag, den 21. Mai 1925 | 20. Jahrgang

Die politische Aussprache im Reichstag.

Die Rede Dr. Breitscheids.

Die große politische Aussprache im Reichstag nahm kurz nach 12 Uhr mit einer Rede des Abg. Breitscheid (Soz.) ihren Anfang. Der Redner meinte, die Rede Dr. Stresemanns habe rein akademischen Charakter getragen. Er wolle von diesen Höhen etwas herabsteigen und in das Gebiet der polemischen und politischen Auseinandersetzungen übergehen. Der Redner meinte, die trockenen Zusammenstellungen, die Stresemann gestern gegeben habe, hätten wohl ihm selbst und seinem rhetorischen Temperament nicht zugesagt. Das Haus quittiert diese Bemerkungen mit Heiterkeit. Stresemann, der inzwischen mit Reichskanzler Luther erschienen ist, stimmt in diese Heiterkeit ein. Dann weist der Redner darauf hin, daß die Sozialdemokratische Partei die Frage an die Regierung, nicht nur an den Außenminister gerichtet habe, ob sie glaube das auch tun zu können, was sie tun möchte. Darauf komme es an. Man dürfe nicht den Kopf in den Sand stecken und so tun, als ob sich mit dem 26. April politisch nichts geändert habe. Dann spricht der Redner dem Amtswalten des ersten Präsidenten Ebert nochmals Ehrerbietung und Dank aus. Die Mittel- und die beiden Linksparteien stimmen durch lebhaften Beifall zu. Ebert habe seines Amtes ohne Rücksicht auf seine parteipolitische Herkunft objektiv gewaltet. Was sagen die Deutschnationalen zu der Bemerkung der „Nationalpost", daß durch eine Fügung Gottes Ebert rechtzeitig gestorben sei . . . (Große Bewegung im Hause, die Deutschnationalen werden unruhig.) Breitscheid fragt, was wohl die Deutschnationalen dazu gesagt hätten, wenn irgendein Linksblatt so taktlos gewesen wäre, den furchtbaren Tod Helfferichs als eine Fügung Gottes zu bezeichnen. Die Deutschnationalen werden unruhig die Mehrheit des Hauses stimmt diesen Ausführungen durch Beifall zu. Abg. Breitscheid gibt dann die Erklärung ab, daß auch seine Partei dem neuen Präsidenten den Respekt entgegenbringen wird, der seiner Person und seinem Amt gebührt Diesen Respekt werde man solange dem Reichspräsidenten entgegenzubringen haben, als er sich im Rahmen der Verfassung halte. Den Weg der Niederträchtigkeiten, den gewisse Kreise gegen Ebert begangen haben, würden er und seine Freude niemals beschreiten.

Die Sozialdemokratische Partei werde die republikanische Staatsform verteidigen. Man habe manchmal allerdings den Eindruck, daß auch die Rechtsparteien sich mit der Republik abfinden würden, mit einer Republik, die den Ruhrindustriellen 700 Millionen Goldmark bewilligte, die Schutzzölle einführe und den Brotwucher propagiere. Die Hauptsorge sei heute die, ob es möglich sein werde, die Politik des Friedens und der Verständigung fortzusetzen? Im Wahlkampfe sei Hindenburg als der „Retter" gepriesen worden. Vor was habe Hindenburg gerettet? Die Deutschnationalen hätten den Papst förmlich angefleht, er solle seinen Bannfluch gegen die Sozialdemokratie schleudern. Manchmal habe man auch den Eindruck gehabt, die Deutschnationalen wünschen, Hindenburg solle sie vor dem Reichsaußenminister Stresemann retten. (Große Heiterkeit.) Der Redner betonte daß für ihn keine Veranlassung vorliege, sich schützend vor Stresemann zu stellen. Es sei aber immerhin bezeichnend, daß gewisse Rechtskreise heute in Herrn Stresemann sogar einen „Landesverräter" sehen. Die Politik des Friedens und der Verständigung sei nicht von Stresemann und Luther, sondern sei von Männern wie Rathenau eingeleitet worden. Dann beschäftigte sich Abg. Breitscheid mit dem Garantiepakt, dessen Vorgeschichte er beleuchtete. Die Regierung sei auf dem richtigen Wege, wenn sie bereit sei, einen Vertrag zu unterzeichnen, an dem Deutschland als gleichberechtigter Kontrahent teilnehme. Er beleuchtete dann, was in dieser Hinsicht gegen Stresemann von rechts her gesagt worden ist.

Wegen Elsaß-Lothringen und einer eventuellen Volksabstimmung dort solle man sich keinen Illusionen hingeben. Heute müsse die Hauptaufgabe sein, Zustände zu schaffen, die Dauer versprechen. Es müsse eine Befriedung Europas erfolgen: die Hauptsache sei, die Sicherheit des Besitzes von Rhein und Ruhr zu garantieren. Der Redner verkannte nicht, daß die Grenzen im Osten nicht von ewiger Dauer sein könnten. Er sprach von einer Gefahr im Osten, aber seine Freunde dächten nicht daran, eine Politik zu unterstützen, die diese Grenzen durch einen neuen Krieg ändern wolle. Bedauerlich sei, daß man in Frankreich die Frage des Garantiepaktes sehr dilatorisch behandelt habe. Deutschland müsse seine Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Völkerbund erklären. Es gebe nun einmal keine andere Möglichkeit und deshalb müsse es so schnell wie möglich geschehen.

Abg. Graf Westarp

stimmt dem Außenminister darin bei, daß man noch kein Recht habe, an der Räumung des Ruhrgebietes am 16. August zu zweifeln. Die Einhaltung dieses letzten Termins ist integrierender Bestandteil des Dawesplanes. Wird das nicht gehalten, so fällt damit nach völkerrechtlichen und überhaupt rechtlichen Begriffen der ganze Londoner Vertrag in sich zusammen. Ferner drückt uns noch immer die Militärkontrolle. Diese ganze Generalinspektion des vorigen Jahres mit ihren 2000 Untersuchungen war ein Akt der Rechtswidrigkeit, auf den die Entente keinen Rechtsanspruch mehr hatte. Das ist von der deutschen Regierung auch in verschiedenen Noten wiederholt überzeugend dargelegt worden. Zudem hat England anerkannt, daß die Entwaffnungsbedingungen von Deutschland erfüllt worden sind. Also der Rechtslage zuwider hat Deutschland noch eine allerletzte Kontrolle zugestanden, aber die Erwartung daran geknüpft, daß diese Generalinspektion bis zum 30. September 1924 beendet sein würde. Alles dies ist für uns maßgebend für die Verhandlungen über den Sicherheitspakt. Auch auf das deutsche Sicherheitsangebot sind schon drei Monate verflossen, ohne daß Deutschland eine Antwort erhalten hätte. Deshalb möchte ich dem Herrn Außenminister und dem Herrn Reichskanzler darin recht geben, daß dieser Zustand ersetzt werden muß durch einen anderen. Es kann sich dabei aber nicht darum handeln, zu jenen Garantien, die Frankreich fest in der Hand hat, noch weitere Zusatzgarantien zu geben, sondern darüber zu verhandeln, wie jene Garantien Frankreichs durch andere Garantien zu ersetzen sind.

Graf Westarp (Dn.) erörtert dann die Möglichkeiten und die Formen eines Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Für uns ist das erste die Räumung der Kölner Zone. Dann erst kann man eintreten in die Diskussion über den Sicherheitspakt. Wir wünschen, daß die Politik Dr. Stresemanns, die er in seinem Memorandum eingeschlagen hat, fortgeführt wird, durch Festhalten der Bedingung des Ausschlusses der Gültigkeit des Artikels 16 für Deutschland. Die Frage lautet nicht, wie Dr. Breitscheid sagte: Völkerbund oder Krieg, sondern, wenn die Gefahr des Artikels 16 nicht ausgeschlossen wird, dann wird es für uns heißen: Völkerbund und Krieg. An den Reichskanzler dessen Etat ja auch heute besprochen wird, richten wir das Ersuchen, dafür einzutreten, daß die äußere Politik in einem Sinne geführt wird, der es uns ermöglicht, ferner mitzuarbeiten. In Bezug auf die Innenpolitik gilt es vor allem, die notwendigen Aenderungen der Weimarer Verfassung vorzunehmen, was in einem besonderen Ausschuß geschehen könnte. Die Farbenfrage würde da u. a. zu erwägen sein. Der Redner wendet sich dann gegen die Behauptung des Abg. Breitscheid, daß Reichspräsident Hindenburg Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei sei. Davon könne formell keine Rede sein.

Hierauf spricht

Abg. Dr. Haas für das Zentrum.

Die deutsche Außenpolitik muß immer wieder in würdiger Wahrung der Rechte Deutschlands und in aufrichtiger Betonung seines Friedenswillens verständigungspolitisch um die Gestaltung eines Zustandes ringen, der Deutschland zunächst ohne Aenderung der Verträge die wirtschaftliche und politische Bewegungsfreiheit wiedergibt, ohne die es nicht leben kann. (Beifall.) Das Zentrum begrüßt die Fortentwicklung der internationalen Rechtsformen, die Ablösung der rein gewaltpolitischen Theorie und Praxis durch die internationale Schiedsgerichtsbarkeit Darum sind wir auch damit einverstanden, daß die Regierung den Völkerbundsgedanken fördert. Die Ausführungen des Außenministers zum Sicherheitspakt waren in einem so wenig durchsichtigen Halbdunkel gehalten, daß wir dazu heute weder ja noch nein sagen können. Wir warnen aber vor zu weitgehenden Bindungen bei den Verhandlungen.

Wir halten es für einen verhängnisvollen Irrweg, wenn der Reichsaußenminister seine Außenpolitik unter Ausschaltung der Sozialdemokratie treiben will, wenn er also im Sinne der bedenklichen Experimente des Grafen Westarp die Vertretung des größten Teils der Arbeiterschaft, die an der Ueberwindung der revolutionären Wirren ihren großen Anteil hat, in die Opposition statt auf den Weg der positiven Mitarbeit treiben will. (Lebh. Beifall links und in der Mitte.) Wir müssen loskommen von der Antithese Bürgertum und Arbeiterschaft zur ehrlichen Synthese der Volksgemeinschaft auf der Grundlage des neuen Volksstaates. (Beifall.)

Abg. Freiherr v. Rheinbaben (D. V.)

Es gibt, so führt der Redner aus, außer den deutschnational eingestellten Wählern auch andere Wähler Hindenburgs. Die volksparteilich eingestellte Wählerschaft hat Hindenburg gewählt weil sie den Staatsgedanken fördern und voranstellen wollte, im Gegensatz zu dem parteipolitischen Hin und Her, und weil sie hoffte, daß durch die Wahl Hindenburgs die Einigung und Zusammenfassung unseres Volkes zur Erziehung von Gleichberechtigung und Freiheit erreicht werden könnte. Das Sachverständigengutachten ist eine so breite Grundlage unserer Außenpolitik geworden, daß wir allen Grund haben, es loyal durchzuführen. Wenn wir auch das Gutachten nicht als die Endlösung betrachten, so haben wir es doch vorläufig mit allen Konsequenzen durchzuführen Der Redner warnt davor, bei den Handelsvertragsverhandlungen aus politischen Gründen wirtschaftliche Lösungen anzunehmen, die zum Schaden sein könnten. Gerade in dieser Frage ist größte Vorsicht am Platze.

Wir verkennen nicht, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund uns gewisse Vorteile bringen könnte. Dem steht der Nachteil gegenüber einer Bindung, die uns den letzten Rest der deutschen Aktionsfreiheit nehmen würde. Wir billigen den Standpunkt der Regierung zur Völkerbundsfrage. England und Frankreich wären sehr wohl in der Lage, der besonderen Lage Deutschlands bei seinem Eintritt in den Völkerbund Rechnung zu tragen. Uns erscheint ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auch ausgeschlossen, solange die nördliche Rheinlandzone nicht bedingungslos geräumt ist. (Beifall.)

Abg. Frau Gohlke (Komm.) erklärt, daß sich das Hohe Haus in ein Bethaus verwandelt hätte. Es werde gejammert und appelliert. Dr. Stresemann habe angefangen und die lebhafteste Unterstützung bis zur Linken gefunden. Die Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu dem unglücklichen Rudolf sei hergestellt.

Ausführungen der Demokraten.

Kurz nach 6 Uhr nachmittags nahm dann der Sprecher der demokratischen Fraktion Graf v. Bernsdorff das Wort. Als Sachverständiger auf dem Gebiete der Außenpolitik hatte er das Ohr des Hauses, und auch der Außenminister hörte den Darlegungen mit größter Aufmerksamkeit zu. Zu Beginn seiner Ausführungen setzte sich Graf Bernstorff noch weiter mit einer Aeußerung des volksparteilichen Abg. v. Rheinbaben auseinander. Der volksparteiliche Abg. hatte davon gesprochen, daß jetzt, nach der Präsidentenwahl das Schlachtschwert begraben werden müsse. Dem stimmte Graf Bernstorff zu, aber er müsse doch noch einmal darauf hinweisen — auch wenn der Wahlkampf nun vorüber sei —, daß die Art und Weise der Flugblätter der Rechtsparteien gegen den Volksblockkandidaten Marx zum Teil jeder Beschreibung gespottet habe. Selbstverständlich werde er und seine Freunde dem neuen Reichspräsidenten mit Ehrfurcht begegnen. Er wünsche nur, daß auch die Parteien der Rechten diese Haltung einnähmen, wenn vielleicht einmal zu einem neuen Wahlkampfe wieder ein Präsident der Linken gewählt werden sollte. Dann beschäftigte sich der Redner mit den Ausführungen des deutschnationalen Grafen Westarp. Er wies darauf hin, daß zum Teil die Rede Westarps immer noch einen Oppositionscharakter getragen habe, obwohl seine Partei doch in der Regierung vertreten sei.

In der Frage des Sicherheitspaktes beständen auch in der demokratischen Fraktion manche Bedenken. Die Fraktion behalte sich daher ihre Stellungnahme vor, bis zu dem Zeitpunkt, wo der Sicherheitspakt vorliege. Vom Außenminister hätte der Redner gewünscht, daß er mit mehr kategorischen Erklärungen darüber hervorgetreten wäre, ob auch in Zukunft die bisherige Außenpolitik fortgeführt würde. Das hätte Stresemann mit größerer Wärme und Entschiedenheit hervorheben müssen. Eine solche Erklärung wäre vor allem für das Ausland notwendig gewesen als Wirkung der Wahl des neuen Reichspräsidenten. Deutschland habe keinen Degen mehr zur Verfügung und deshalb müsse es eine Politik des Geistes treiben. Man müsse dafür sorgen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker sich durchsetzt.

In weiteren Ausführungen behandelte Graf Bernstorff das Problem des Völkerbundes. Er betonte die Notwendigkeit zum Eintritt. Wenn Frankreich für die Frage des Sicherheitspaktes und die Frage der sogenannten Verfehlungen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängig mache so stehe er auf dem Standpunkt, daß eine gleichzeitige Lösung gefunden werden müsse. In Deutschland stehe man noch mit zu großen Vorurteilen dem Völkerbunde gegenüber. Vielleicht habe man sich auch in manchen Kreisen allzu große Hoffnungen gemacht. Der Völkerbund sei eigentlich nur ein Bund der Regierungen. Gerade diese Tatsache aber sei für ihn, den Redner, ein Grund mehr, daß wir möglichst bald in ihn eintreten müßten. Graf Bernstorff wies darauf hin, welchen Eindruck es machen würde,